

Beschluss des Landrats vom 07.04.2022

Nr. 1460

27. Anreiz für einen Wandel schaffen: Anreize für eine Autoabgabe schaffen! 2021/181; Protokoll: mko

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) sagt, der Regierungsrat lehne das Postulat ab.

Thomas Buser (EVP) hat das Postulat von Sara Fritz «geerbt». Dem Regierungsrat sei für die Beantwortung gedankt. Das Postulat geht davon aus, dass weniger Fahrzeuge letztlich weniger Kosten bedeuten, weil weniger von ihnen weniger Unterhalt auf den Strassen verursachen. Das ist ein Vorteil finanzieller Art für den Kanton, ein Vorteil auch für die Bevölkerung, die mit weniger Verkehr konfrontiert ist. Es gibt Anregungen, was man dazu unternehmen könnte. In seiner Antwort erwähnt der Regierungsrat Schwierigkeiten der Umsetzung. Das sieht der Votant auch so, die Sache ist in der Tat nicht einfach umzusetzen. Allerdings greift die Begründung, es könnte Missbrauch betrieben werden, etwas zu kurz. Mit Blick auf andere Gebiete liessen sich in dem Fall viele andere Gesetze ebenfalls nicht umsetzen oder einführen, weil sich immer Missbrauch treiben lässt. Lässt man hingegen etwas Kreativität walten, nimmt das Postulat entgegen und klärt ab, fände man womöglich Lösungen mit Anreizen, die allen nützen würden. Im Postulat steht übrigens nichts von finanziellen Anreizen; mit Geld lässt sich zwar einiges unternehmen, aber vielleicht finden sich noch andere Lösungen. Deshalb wäre es zu begrüssen, wenn das Postulat überwiesen und der Regierungsrat sich Gedanken machen würde, in welcher Form sich die Abgabe vornehmen liesse.

Michel Degen (SVP) findet die Argumentation, dass Autos den Kanton nur Geld Kosten, weil Strassen gebaut und unterhalten werden müssen, einseitig und nicht logisch. Vielmehr finanzieren die Automobilisten mit Steuern und Abgaben wie der Motorfahrzeugsteuer, Benzinsteuern usw. die Strasse massgeblich mit, die dann wiederum von allen Verkehrsteilnehmenden befahren werden. Andererseits gibt es viele Anreize, den ÖV zu nutzen: Ein günstiges U-Abo, gute ÖV-Anbindungen, und wiederum die hohen Abgaben bei den Motorfahrzeugsteuern. Allzu grosse Anreize wiederum könnten auch zu Missbrauch führen und ausser hohen Kosten keinen merkbaren Effekt erzeugen. Die Entscheidung, ein Auto zu besitzen und zu benutzen, ist also von vielen Faktoren abhängig. Mit diesem Postulat wird aber versucht, mit Steuergeldern eine Lenkung zu erreichen. Die SVP-Fraktion wird es deshalb ablehnen.

Für **Andreas Bammatter** (SP) ist es durchaus sinnvoll, dafür zu schauen, dass einzelne Personen nicht mehr im Auto rumfahren, sondern Synergien nutzen. Es ist auch sinnvoll, etwas zu unternehmen, um das Angebot an Velostrassen, an ÖV oder für die Fussgänger zu erhöhen und verbessern. Eine direkte Verknüpfung, wie das die Postulantin wollte, sieht die SP-Fraktion jedoch nicht als sinnvoll an, weshalb sie das Postulat ablehnen wird.

Andreas Dürr (FDP) meint, dass dieses vorgestrige Postulat wohl dem grünen Projekt mit den 33 Klima-Vorstössen geschuldet sei, von dem sich anstandslos Abschied nehmen lasse.

Felix Keller (Die Mitte) sagt, dass die Mitte/glp-Fraktion den Vorstoss nicht unterstütze. Vielleicht müsste man sich überlegen, statt einem Anreiz zu schaffen, das Auto abzugeben, einen Anreiz zu schaffen, den Fahrausweis abzugeben. Das wäre effizienter, denn wer keinen Fahrausweis hat, fährt auch kein Auto. Oder es liesse sich ein Anreiz schaffen, diesen gar nicht erst zu erwerben.

Marco Agostini (Grüne) versteht die Argumentationen ziemlich gut, und wenn das Postulat abgeschrieben wird, dann ist das halt so. Eine Bemerkung dazu: Michel Degen sagte vorhin, dass die Autofahrer alles selber bezahlen müssen. Gemäss einer Studie der Fachzeitschrift «Ecological Economics» kostet jedes Auto die Öffentlichkeit pro Jahr etwa EUR 5'000. Wird das Auto abgegeben, bleibt somit der öffentlichen Hand Geld übrig. Die Idee wäre nicht vermessen, das Geld wieder zurückzugeben. Diese Kalkulation liesse sich durchaus einmal vornehmen – mit dem Ergebnis, das heute schon bekannt ist, dass nämlich die Abgabe des Autos der Öffentlichkeit und dem Staat finanziell etwas bringt.

Rolf Blatter (FDP) mit einer kurzen Replik auf die von Marco Agostini erwähnte Studie, die einmal mehr ein Beispiel dafür ist, dass es für jede Studie eine Gegenstudie gibt. Vor etwa 4 oder 5 Jahren gab die BUD einen Auftrag an die FHNW heraus, um genau dieses Thema zu untersuchen. Heraus kam, schwarz auf weiss nachzulesen, dass die Strassenrechnung Baselland bezüglich der Kosten aufgeht. Mit anderen Worten: Die Kosten der Strassen werden durch die Automobilisten bezahlt. Die Aussage von Marco Agostini stimmt nicht.

://: Mit 59:13 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat abgelehnt.
